

ANTIRA LANDTAG WATCH

Neues über Migrationspolitik im sächsischen Landtag

Ein Newsletter vom

linXXnet
Politik Kultur Projekte

Die Utopie konkretisieren : Ein linkes Einwanderungsgesetz?

Im März widmet sich der Newsletter der Linken-Landtagsabgeordneten Juliane Nagel einer Frage, die oft in linken Diskussionen über Migrationspolitik untergeht: Wie genau würden wir Einwanderungspolitik innerhalb dieser Gesellschaftsordnung gestalten, wenn wir das alleine entscheiden könnten? Oft vereint in der "Anti"-Position ("wir wissen ja alle, wogegen wir kämpfen"), ist es schwieriger, eine andere Politik zu konkretisieren. Eine offene und inklusive Gesellschaft ist jedoch kein Selbstläufer. Deshalb braucht die Linke eine Debatte darüber, in welchem gesetzlichen Rahmen diese Gesellschaft, von der wir träumen, verwirklicht werden könnte.

Die Konkretisierung davon, wofür wir kämpfen, hat sich die "Projektgruppe Einwanderung" als schwieriges Ziel gestellt. Dieser Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über die zentralen Themen und Ideen dieses politischen Versuchs, eine Utopie in §§ zu packen. Viel Spaß beim Lesen!



Created by Marie Van den Broeck
from Noun Project

Asylgesetz

Die erste Säule des linken Einwanderungsgesetzes ist die Erweiterung des Asylrechts. Dieses soll da sein, um Menschen, die vor einer Gefahr flüchten oder in ihrem Heimatsort kein menschenwürdiges Leben führen können, zu schützen. Wichtig ist die Neudefinition von Verfolgung: auch die Verletzung von wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten soll als Asylgrund akzeptiert werden.

Andere Reformvorschläge? Die Einführung eines Visums für Asylantragsstellung, die Abschaffung sicherer Herkunftsstaaten, das Sinken der Beweislast bei gesundheitlichen Abschiebehindernissen und zahlreiche Änderungen in der Ausgestaltung des Asylverfahrens. Kriegsverbrecher*innen, Waffenimporteure*innen und Spion*innen sind die Ausnahmen des Asylrechts: sie sollen kein Bleiberecht kriegen.



Created by Nika Vero
from Noun Project

Einwanderungsgesetz

Die zweite Säule ist das Einwanderungsgesetz: nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland werden soziale Anknüpfungspunkte vermutet, die ein Bleiberecht verschaffen. So wird ein Bleiberecht nicht nach der ökonomischen "Nützlichkeit" der Person, sondern nach ihren sozialen Bedürfnisse verschaffen. Sollte das Gegenteil vermutet werden, liegt die Beweislast beim Staat. Jedes asylrechtliche Verfahren läuft nach einem Jahr in einem Einwanderungsverfahren aus.



Created by Adrien Coquet
from Noun Project

Staatsangehörigkeitsrecht

Dritte Säule des Konzepts ist das Staatsangehörigkeitsrecht: Multiple Staatsangehörigkeit soll weiterhin erleichtert werden und eine Einbürgerung soll nach drei Jahren Aufenthalt automatisch stattfinden. Jedes Kind, das in Deutschland geboren ist, bekommt das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft.

Natürlich hat das linke Einwanderungskonzept eine wichtige Diskussion ausgelöst: Kann es überhaupt ein linkes Einwanderungsgesetz geben? Hat ein solches Gesetz nicht immer eine restriktive/ausschließende Funktion?

Wer sich einen Überblick über diese Diskussion und die Kritik an dem Konzept verschaffen möchte, ist bei [diesem Artikel](#) richtig. Wer die Konzeption in kurzer Fassung lesen möchte, findet [hier](#) den Text, bzw. [hier](#) für die Langfassung.



Neugierig? Info- und Diskussionsabend über das linke Einwanderungsgesetz

Am 08.05 findet um 19h im Interim (Demmeringstr. 32) eine Veranstaltung über das linke Einwanderungsgesetz. Eine Verfasserin des Entwurfs wird da sein um das Konzept vorzustellen und eure Fragen in einer anschließenden Diskussion zu beantworten. Kommt zahlreich!



Landtag: Expert*innenanhörung über Abschiebehaft (26.03)

Am 26.03 wurden von allen Landtagsfraktionen Expert*innen, ihre Einschätzung zum Thema Abschiebehaft zu liefern. Die Veranstaltung ist öffentlich und wir laden euch herzlich dazu ein, sie zu besuchen. Mehr Informationen darüber finden Sie [hier](#). Diese Anhörung findet statt, weil das Thema im April im Landtag besprochen wird.

Mehr darüber

15,49%

15,49% aller Geflüchtete in sächsischen GUs sind asylberechtigt

Das kam raus bei einer kleinen Anfrage von Februar 2018 über dezentrale Unterbringung in Sachsen. Es bedeutet konkret, dass zur Zeit mehr als 1500 Menschen mit Aufenthaltstitel zur Zeit in Sachsen Gemeinschaftsunterkünfte bewohnen!



linXXnet e.V Bornaische Str. 3d Tel: +493413081199 Fax: +493413081200

antira-news@linxx.net

[Newsletter abmelden](#)

